

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Einführung in das Thema der Untersuchung	1
A. Gegenstand der Untersuchung: Die Mehrsprachigkeit im Unionsrecht	3
B. Der rechts-, translations- und sprachwissenschaftliche Forschungsansatz	6
I. Rechts-, sprach- und translationswissenschaftliche Erkenntnisinteressen ...	6
II. Interdisziplinäre Schnittstellen	8
1. Das Übersetzen von Rechtstexten	8
2. Die Auslegung von Gesetzestexten	9
3. Die Verständlichkeit von Rechtstexten	10
C. Weitere Vorgehensweise	12
Kapitel 1: Recht und Mehrsprachigkeit	13
A. Rechtsvergleichung und Rechtsübersetzen	15
I. Methodische Gegenüberstellung	16
II. Schnittpunkte zentraler Problemstellungen	17
III. Das Zusammenwirken im Unionsrecht	19
B. Die gleichrangige Mehrsprachigkeit	21
I. Mehrsprachige nationale Rechtssysteme	22
II. Mehrsprachigkeitsmodelle im Völkerrecht	23
III. Das Mehrsprachigkeitsmodell der EU	24
IV. Problem der Mehrsprachigenauthentizität	24
V. Vorteile und Nachteile mehrsprachiger Rechtssysteme	25
Kapitel 2: Die Gesetzesredaktion in ausgewählten nationalen Rechtsordnungen	29
A. Die Entwicklung der Legistik im Europa der Neuzeit	31
I. Die Entwicklung der österreichischen Legistik durch die Privatrechtskodifizierung	34
1. Prinzipien guter Gesetzgebung	36
2. Die Entwicklung der deutschen Rechts- und Gesetzessprache	39
3. Die Übersetzung in der Kodifikationsgeschichte	40
II. Die Entwicklung der Legistik in England	43
1. Kasuistischer Regelungsstil	44
2. Verweise und Legaldefinitionen zur Verkürzung und Präzisierung der Gesetzesterminologie	45
3. Institutionalisierung der Gesetzesabfassung und Rechtsbereinigung	47
a) Parliamentary Counsel	47
b) Law Commission	50
4. Maßnahmen zur Verbesserung der Verständlichkeit der Gesetzessprache	53

III. Zwischenergebnis	54
B. Die mehrsprachige Normgenese in der Schweiz	56
I. Rechtsgrundlagen der Mehrsprachigkeit	58
1. Die Landes- und Amtssprachen in der Verfassung	58
2. Das einfachgesetzliche Sprachenrecht	61
II. Die institutionalisierte Mehrsprachigkeit in der Bundesrechtsetzung	61
1. Die Erstellung des Vorentwurfs	62
2. Die Konsultationsphase	63
3. Die parlamentarische Phase	65
III. Rechtliche Gleichwertigkeit und Äquivalenzanforderungen zwischen den Sprachfassungen	67
1. Die Äquivalenz beim Übersetzen von Gesetzestexten	67
2. Scheindivergenzen und Scheinkonvergenzen	68
3. Divergenzen zugunsten der Sprach- und Rechtsakzeptanz	70
IV. Arten der mehrsprachigen Textproduktion und Textrevision	72
1. Übersetzung und Revision	72
a) Übersetzung	72
b) Revision unter den Gesichtspunkten der Äquivalenz und Textoptimierung	74
2. Koredaktion	75
a) Die Koredaktion als Textproduktionsverfahren (Parallele Redaktion)	75
b) Die Koredaktion als Textrevisionsverfahren	76
3. Zweisprachige Redaktion	78
V. Rechtsgrundlagen des Verständlichkeitspostulats	79
1. Demokratieprinzip	80
2. Rechtsstaatsprinzip	81
3. Die Förderung einer verständlichen Gesetzessprache auf einfachgesetzlicher Ebene	82
4. Prinzipien der Textoptimierung in der VIRK	84
a) Klarheitsförderung im politischen Entscheidungsprozess	86
b) Zwischen Bestimmtheit und Abstraktion: Jedenfalls keine „Regelungswut“	87
c) Vermeiden von Legaldefinitionen	90
d) Sprachliche Faktoren	92
e) Textoptimierung durch Mehrsprachigkeit	92
5. Die Bedingungen der mehrsprachigen Gesetzesredaktion in der Schweiz und in der EU	94
VI. Zwischenergebnis	97
C. Zwischenfazit	100
Kapitel 3: Die mehrsprachige Normgenese im Unionsrecht	103
A. Rechtsgrundlagen der Mehrsprachigkeit	103
I. Das materielle Sprachenrecht der EU	104
1. Die Komplementarität des materiellen Sprachenrechts	105
2. Das völkerrechtliche Instrument der Sprachencharta	105
II. Das formelle Sprachenrecht der EU	106
1. Historische Entwicklung	106
2. Das aktuelle Sprachenregime der EU	108
a) Primärrecht	108
b) Sekundärrecht	109

3. Der Konzentrationsansatz jüngerer Institutionen	111
III. Das Prinzip der gleichrangigen Mehrsprachigkeit in der Rechtsetzung	114
IV. Das Prinzip der gleichrangigen Mehrsprachigkeit und die Anwendbarkeit von Unionsrecht	117
V. Das Prinzip der gleichrangigen Mehrsprachigkeit als höherrangiges Prinzip	118
VI. Zwischenergebnis	119
B. Die institutionalisierte Mehrsprachigkeit in der Sekundärrechtsetzung	120
I. Die Erarbeitung der Originalfassung in der Kommission	121
1. Planung und Koordinierung der Gesetzesprojekte	121
2. Folgenabschätzungen (Impact Assessment Studies)	122
3. Konsultationen	123
4. Ausarbeitung des ersten Entwurfs	125
5. Dienststellenübergreifende Konsultation	126
6. Übersetzung	127
7. Annahme durch die Kommission und Veröffentlichung	128
II. Verhandlungsphase im Parlament und im Rat	129
1. Die Mehrsprachigkeit im Parlament	130
2. Die Mehrsprachigkeit im Rat	131
3. Die Sprachjuristen im Parlament und im Rat	131
4. Die abschließende sprachjuristische Überarbeitung	132
5. Verabschiedung	133
6. Sprachjuristische Korrekturen und Einigungsmängel	133
a) Anlassfall: Entstehung der Tabakwerbe-RL	134
b) Mehrsprachigkeit und politische Einigung	135
c) Lösungsansatz im EU-Verfassungsvertrag	137
III. Revision des Sekundärrechts nach Inkrafttreten	137
1. Änderungsrechtsakte	138
2. Konsolidierung	138
3. Kodifizierung	139
4. Neufassung	141
5. Korrigenda	141
a) Formale und sinnverändernde Korrigenda	143
b) Übertragung der EuGH-Judikatur zur Rechtskraftdurchbrechung auf die Korrigenda-Problematik	144
i. Die unionsrechtlichen Grenzen der nationalen Rechtskraft	144
ii. Anwendung auf die Korrigenda-Problematik	147
IV. Zwischenergebnis	149
C. Rechtliche Gleichwertigkeit und Äquivalenzanforderungen zwischen den Sprachfassungen	150
I. Die Besonderheit am Rechtsübersetzen in der Europäischen Union	151
II. Rechtsübersetzen und die gleichrangige Mehrsprachigkeit	153
1. Die Entstehung von Rechtstermini im Unionsrecht	153
a) Strategien bei Inäquivalenz	154
b) Der Umgang mit Inäquivalenzen am Beispiel der „compétence de pleine juridiction“	155
2. Die Bedeutungsermittlung von Rechtskonzepten im Unionsrecht	157
3. Die Ausgestaltung des Übersetzungsprozesses und Optimierungspotenzial	159
III. Die Rechtsübersetzung als politisches Instrument	160

1. Das unionsrechtliche Normgebungsverfahren zwischen nationalem und Völkerrecht	161
2. Sprachliche Instrumente der Konsenserzielung	162
IV. Verschleierungs- und Klärungspotenzial der Mehrsprachigkeit	164
V. Der Sprachenkontakt im Rechtsetzungsprozess	167
VI. Der Übersetzer als Vermittler im Normgebungsprozess	169
1. Der Ermessensspielraum des EU-Übersetzers	171
2. Übersetzen als Sprachengestaltung	173
VII. Zwischenergebnis	175
D. Rechtsgrundlagen der Verständlichkeit im mehrsprachigen Unionsrecht	176
I. Das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip	176
1. Das Transparenzgebot	176
2. Das Gebot der Rechtssicherheit	177
a) Die objektive Dimension der Rechtssicherheit	178
b) Die subjektive Dimension der Rechtssicherheit	180
3. Vorschlag: eine Erweiterung der Verständlichkeitskontrolle durch den EuGH	181
a) Rechtsgrundlagen der Verständlichkeitsmaxime im Unionsrecht	182
b) Die Verständlichkeit als Thema des Sekundärrechts	184
c) Mögliche Prüfmaßstäbe für den EuGH	186
II. Verständnisprobleme durch Divergenzen in mehrsprachigen Rechtsakten ..	187
1. Die Auslegung divergenter Sprachfassungen	187
2. Das Sprachdivergenzproblem und der Vertrauensschutz	189
a) Die Gewährung von Vertrauensschutz und die Pflicht zum Sprachenvergleich	190
b) Die Problematik der eindeutigen landessprachlichen Fassung am Beispiel der Rs Codan	191
c) Die uneinheitliche Rsp zur Pflicht zum Sprachenvergleich	193
d) Der Vertrauensschutz in vertikalen Verhältnissen	195
e) Der Vertrauensschutz in horizontalen Verhältnissen	196
III. Die Haftung der EU bzw der Mitgliedstaaten für fehlerhafte Sprachfassungen	197
1. Die EU als alleiniger Schadensverursacher	198
a) Die Rsp zur Unionshaftung	198
i. Schadensbegründende Handlung eines Unionsorgans	198
ii. Unionsrechtswidrigkeit der Handlung	198
iii. Schaden	200
iv. Kausalität zwischen Handlung und Schaden	200
b) Übertragung der Rsp auf die Problematik fehlerhafter Sprachfassungen	201
i. Schadensbegründende Handlung eines Unionsorgans	201
ii. Unionsrechtswidrigkeit der Handlung	202
iii. Schaden	205
iv. Kausalität zwischen Handlung und Schaden	206
c) Vereinbarkeit des Ergebnisses mit der bisherigen Rsp des EuGH zum Sprachenvergleich	206
2. EU und Mitgliedstaaten als Schadensverursacher	207
a) Die Rsp zur Haftung beim Zusammenwirken der Unionsorgane und nationaler Behörden bei der Schadensverursachung	207
b) Übertragung der Rsp des EuGH auf die Problematik um fehlerhafte Sprachfassungen	209

c) Alternativvorschläge für die Haftung der EU bzw der Mitgliedstaaten	210
i. Solidarhaftung der EU und der Mitgliedstaaten?	210
ii. Anteilige Haftung der EU und der Mitgliedstaaten?	211
iii. Alleinige Haftung der Mitgliedstaaten für die Nichtdurchführung des Sprachenvergleichs?	212
iv. Alleinige Haftung der EU für Übersetzungsfehler	212
3. Vorschlag: Haftung der EU abhängig von einer differenzierten Pflicht zum Sprachenvergleich	213
a) Der mitgliedstaatliche Gesetzgeber	214
b) Die mitgliedstaatlichen Behörden	214
c) Unionsbürger und Unternehmer	215
i. Die Pflicht des Unionsbürgers zum Sprachenvergleich	216
ii. Die Pflicht des Unternehmers zum Sprachenvergleich	216
IV. Die Haftung der EU für die Nichtveröffentlichung einer Sprachfassung	218
1. Haftung der EU für die Nichtveröffentlichung einer landessprachlichen Fassung	218
2. Haftung des Mitgliedstaats für die Anwendung des nicht veröffentlichten Rechtsakts	219
V. Zwischenergebnis	220
E. Die legislative Qualität im mehrsprachigen Unionsrecht	222
I. Faktoren der legislativen Qualität	224
II. Legislative Mängel und Harmonisierungsprobleme	225
1. Das Fehlen von erforderlichen Definitionen	227
2. Rechtsetzungstechnisch fehlerhafte Definitionen	227
3. Terminologische Inkohärenzen	228
4. Übersetzungsfehler	228
III. Programme zur Verbesserung der legistischen Qualität des mehrsprachigen Unionsrechts	230
1. Interinstitutionelle Vereinbarung zur redaktionellen Qualität von 1997	231
2. Weißbuch „Europäisches Regieren“ von 2001	233
3. Interinstitutionelle Vereinbarung für eine bessere Rechtsetzung von 2003	234
4. Die Problematik der Durchsetzung	234
IV. Weiterführender Reformbedarf	236
V. Reformvorschläge	240
1. Die Übertragbarkeit nationaler Qualitätsstandards auf das Unionsrecht	241
2. Die englischen Draftsmen als Modell?	242
3. Die Schweizer Redaktionskommission als Vorbild	244
a) Die Schaffung einer interdisziplinären Redaktionskommission innerhalb der Kommission	245
b) Vorschläge für Begleitmaßnahmen	247
c) Das Instrument zur Umsetzung	248
VI. Zwischenergebnis	249
Fazit	251
Literaturverzeichnis	259
Stichwortverzeichnis	273